

# Volks-Zeitung

**Der Stand der Mark**

Einheitswert	Letzter Kurs	Verloren	Kurs	1.7.1914
New-York	Dollar	1,65	1,91	23,81
Amsterdam	fl.	1,40	1,70	16,84
Kopenhagen	Kr.	3,00	2,35	88,88
Stockholm	Kr.	2,50	1,75	88,88
Kristiania	Kr.	3,00	2,75	88,88
Zürich	Sfr.	2,65	2,20	117,64
Wien	Sch.	7,50	2,20	100,00
London	Sch.	2,62	2,20	100,00
Paris	Fr.	7,20	2,20	100,00
Rom	Lira	—	—	125,00

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt  
Illustrierter Familien-Zeitung  
und illustriertem Witzblatt U&K

**Lebensmittelpreise von heute**  
Heutige Kleinhandelspreise der Berliner Centralmarkthalle  
Zufuhr in Gemüse und Obst ausreichend. Preise fast unverändert.

Welschkohl	1,20-1,30 M.	Wirsingkohl	1,30-1,75 M.
Grünkohl	0,80-1 M.	Rotkohl	1,20-2,00 M.
Blumenkohl	3-8 M.	Mohrrüben	1-1,50 M.
Kohl	1,50-2,00 M.	Spinaat	1,50-2,50 M.
Spinat	1,50-2,50 M.	Zwiebeln	1,50-2,00 M.
Apfel	2,50-4 M.	das Pfund	

## England, Frankreich und das Moratorium.

Die Haltung der City. — Frankreichs Stellung noch nicht klar.

### Schnelldienst

Sonderberichte stellen die Finanzunterstützung über das Westbancier Abkommen.

In China zeigen sich Bestrebungen, die auf eine Einigung zwischen Nord und Süd hinzielen.

Der japanische Prinz regent hat nach einem kürzlichen Empfang des britischen Königs eine Besichtigung des Reiches an das Ziel gefasst, worin es heißt, daß er nach dem Gesundheitszustand des verstorbenen Kaisers nachreisen werde.

Sold Curzon machte dem französischen Botschafter in London Vorschläge für Konsultationen zur Klärung der Orientfragen.

Nach Besichtigung der Bedingungen, die Frankreich auf die Vereinbarung auswirft, wird die Vereinbarung abgelehnt.

Angebot der Erholung des Dollars und der Effektivität, herabsetzt heute an der Börse heute 200 bis auf 205.

London, 2. Dezember. (E. G.)

Gestern beschäftigte sich zwar nicht der englische Ministerrat, aber ein Komitee mit der Reparationsfrage. An der Sitzung nahmen Lloyd George, Chamberlain, Churchill, Robert Barnes und Worthington Charles teil. Der Ministerpräsident und seine Mitarbeiter prüften auf Grund der Berichte der Sachverständigen die Lage, die durch die Reparationen geschaffen wurde. Eine Reihe von Empfehlungen wurde vorgeschlagen, die dem heute zusammengetretenen Ministerrat unterbreitet werden sollten. Aus offizieller Quelle verlautet, daß die englische Regierung in keiner Weise die Ausgabe einer direkten Anleihe für Deutschland ins Auge faßt, sondern nur die Gewährung eines Moratoriums. Wenn aber die City Deutschland langfristige Kredite gewähren würde, so würde die englische Regierung weder einen Anteil daran, noch Verantwortung dafür haben. Es ist möglich, daß ein solcher Kredit von den Industriellen und Finanzleuten gewährt würde, und zwar entweder in Form eines festen Kredits oder in der Form von Wertpapieren, deren Besicherung unter eigenen, besonderen Bedingungen estompiert würde. Deutschland würde hieran besondere Zahlungserleichterungen gewährt werden.

Rathenau hatte gestern eine Besprechung mit Robert Barnes, später soll er auch von dem oben erwähnten Finanzkomitee empfangen worden sein. Er sprach auch mit verschiedenen Bankiers, die er zur Gewährung einer Anleihe überreden wollte. In der City erklärt man, daß in Paris eingetroffenen Londoner Berichtigen zufolge, Rathenau keine Aussicht auf Erfolg habe, weil der Verkauf der Anleihe das Verbot enthalte, daß die deutsche Regierung irgendeine der Reichseinnahmen als Garantie gebe.

In den Kreisen der Downingstreet wird erklärt, daß Lloyd George hoffe, dem Präsidenten Harding nach seiner Ankunft in Washington einen Plan zu einem Moratorium vorlegen können. Man schließt daraus, daß Lloyd George Rathenau empfangen hat, um aus dessen Mund den deutschen Standpunkt zu hören.

früch bis sieben Milliarden Goldmark gearbeitet, welche jene Deutschen erhalten sollten, die das Kapital ins Ausland abwandern lassen und nun glücklicherweise, wenn ihnen gewisse Vorteile und Ausnahmen gewährt würden. Ferner habe Dr. Bergmann darauf hingewirkt, daß eine Befreiung der Reparationskommision zu Stande käme, um die Befreiung der bevorstehenden wichtigen deutschen herbeizuführen. Bisher haben die wichtigsten amerikanischen Bankiers diesen Vorschlag ihre Zustimmung versagt, weil sie erklären, Frankreich und England müßten zunächst in einer neuen Finanzkonferenz ihre Ansichten ausdrücken. Auch Baron Anton Hothschild, der vor vierzehn Tagen nach Washington kam, habe eine ähnliche Ansicht ausgesprochen. Gemüthlich deutschamerikanische Kreise, denen man auch Staatssekretär Hoover angezogen sollte, brüden auch die Ansicht aus, daß es das beste Mittel wäre, das deutsche Zahlungsmittel zu befreien, wenn von der Reparationskommission ein Antrag gestellt würde. Lloyd George werde die Angelegenheit in irgendeiner Form zur Sprache bringen.

Zweifellos schließt, daß Lloyd George bestrebt sei, seine Reparationspläne in London oder Washington zur Sprache zu bringen, findet sich auch im „Rein“. Die französische Regierung ist aber nicht geneigt, ihm auf diesem Wege zu folgen. Denn die Zeit ruhierte ein Finanzprogramm, das die Schwierigkeiten, die durch den Marktfussfall herbeigeführt wurden, lösen soll. Nach heute wurde in dem Auge, der von Dr. Hove nach Paris fuhr, zwischen Brand und Hove über diesen Plan konferiert. Die Ministerien sollen darüber sofort unterrichtet werden.

### Der Wirth für Alles.

Wer regiert?

Es ist für den Bürger einer demokratischen Republik ein seltsames Gefühl, wenn er nicht einmal weiß, von wem er eigentlich regiert wird. Gewiß, vor haben einen Reichspräsidenten und ein Reichsgesetzgebendes Organ, aber wer ist es, der die verantwortliche Reichsregierung leitet, die doch auch über den Kopf und den Parlament Rede und Antwort darüber zu stehen hat, ob sie die kommenden Ereignisse richtig vorbereitet hat. Außer den beurlaubten Exulanten hat sich gewiß gestern jedermann über das Schicksal der deutschen Mark an der Börse getraut. Aber wer hat die Regierung gelenkt, um die kleinen Leute vor Schäden zu schützen? Was geht es für den Mann, der die Mittelstellen besetzt, die jetzt jeder einzeln hat, vor etwaigen Schäden zu bewahren?

Das Kabinett Wirth ist bisher unvollkommen geblieben. Zwei der wichtigsten Minister, das Wirtschaftsamt und das Finanzamt, sind in ihrer Tätigkeit nicht mehr vorhanden. Das ist ein sehr bedauerliches Zeichen. Herr Wirth ist Wädchen für alles, wenn er auch mit der Führung der Finanzministergehilfe Herrn Bernes beauftragt hat. Mit Recht wird darum auch die „Frankfurter Zeitung“ die Frage auf, ob Herr Wirth dieser Schlüsselrolle gewachsen ist.

Paris, 2. Dezember. (E. G.)

Ein sehr pessimistischer Bericht liegt in einer Londoner Ausgabe des „Echo de Paris“ vor, wonach die Bemühungen der deutschen Vertreter, für die Zahlungen von 15. Januar und vom 1. Februar Kredite zu erhalten, gescheitert wären. Der Bericht enthält aus autoritativer Quelle die Versicherung, daß keine Rede davon sein könne, Deutschlands Schuld nachzulassen oder zu vermindern. England halte darauf, daß Deutschland zahlte.

Eine sehr bemerkenswerte Mitteilung in dieser Angelegenheit macht Wirth in „Echo de Paris“. Danach interessiere sich in Amerika sein Wunsch für die Reparationsfrage, weil man bei der Befreiung dieser Angelegenheit unter dem Vorwand der Unterstützung der alliierten Staaten stehen würde. Amerika wolle aber eine solche Befreiung aus innerpolitischen Gründen vermeiden. Aus diesen Gründen sei es auch Staatssekretär Bergmann nicht gelungen, irgendwelche Erfolge davon zu erzielen. Er habe ein ganzes System für die Stabilisierung der Mark und die Zahlung der deutschen Reparationssummen ausgearbeitet durch Schaffung eines amerikanischen Bankensystems, das den Kurs der Mark in der Zeit unterstützen würde, in der die deutsche Regierung Maßnahmen ergreifen würde, um die Spekulation zu überwinden. Ferner habe Dr. Bergmann in Amerika für die Gewährung einer Anleihe von

### Die Reparation der Reparationen.

Die Anleihe in London.

Paris, 2. Dezember. (E. G.)

Der „Rein“ berichtet, daß Herr John Bradburn zwar nicht in seiner Eigenschaft als Mitglied der Reparationskommission, sondern als Vertreter der englischen Regierung seine Kollegen offiziell über den Empfang befragte, den diese einer eventuellen deutschen Forderung bezüglich Gewährung eines Moratoriums bezeichnen würden. Der „Rein“ glaubt jedoch zu wissen, daß die französische Regierung ihren Standpunkt in dieser Angelegenheit noch nicht festgelegt hat, daß sie aber in Einmütigkeit mit dem französischen Mitglieder der Reparationskommission eingehend berate, ob man in der Minorität bleiben und die Folgen dieser Entscheidung tragen, oder ob man sich den Wünschen Bradburn anschließen und für die Gewährung eines Moratoriums stimmen solle.

London, 1. Dezember.

Die Abendpresse beschäftigt sich eingehend mit den Ausichten einer Neuregelung der Reparationsfrage. Das wichtigste Ereignis der Nacht erregt großes Aufsehen. „Evening Standard“ erwidert darin ein Zeichen für das Vertrauen in eine glänzende Gutwilligkeit der zwischen der britischen Regierung und Rathenau geführten Verhandlungen. Ein Mitarbeiter zufolge besteht die Möglichkeit, daß Lloyd George Rathenau empfangen wird, bevor dieser nach Deutschland zurückkehrt. Laut „Evening Standard“ wird die Frage erörtert, ob Frankreich und Belgien einer abgemilderten Politik gegenüber Deutschland zustimmen könnten, wenn diese eine solche Politik wünschenswert sein könnte. Dem diplomatischen Mitarbeiter des „Evening Standard“ zufolge ist die Frage einer kurz- oder langfristigen Währungsstütze noch nicht entschieden. Man nimmt jedoch in den maßgebenden politischen und finanziellen Kreisen Londons an, daß aus der gegenwärtigen Lage eine neue Reparationspolitik entstehen wird.

Drei Ministerien sind heute faktisch nicht besetzt, darunter, neben dem Arbeitsamt, die beiden auswärtigen Ämter, das Auswärtige und das Finanzministerium. Und das ist noch nicht einmal alles. Denn unter den Ministern, die das sind, muß man mitunter noch inaktive Persönlichkeiten rechnen, die auch im Kabinett etwas machen. Zum Teil sind sie neu in der Regierung, zum anderen Teil machen sie sich wenig bemerkbar, daß sie schon länger darin sind. Die ganze Zeit der äußeren und inneren politischen Führung liegt faktisch auf Dr. Wirth allein. Das ist zu viel. Es ist um so weniger tröstlich, als auch die Inhaber der zweiten Stellen, die Staatssekretäre, gerade in den entscheidenden Ämtern aus persönlichen oder aus politischen Gründen nicht die notwendige Hilfe leisten. Aber Herr Dr. Wirth ist zu einem wesentlichen Teil auch selbst an dieser Gestaltung der Dinge schuld. Es ist zu begreifen, daß er in der gegenwärtigen politischen Lage die Aufgabe des Reichspräsidenten nur dann erfüllen wird, wenn er einen Minister des Auswärtigen oder einen Finanzminister neben sich hat, der mit ihm und seiner Politik nicht völlig abstimmt. Das Vorbild seines Vorgängers Hindenburg, unter dem, allerdings zum großen Teil auch infolge der eigenen Mängel, der Wirth der Auswärtigen in der Höhe der eigentlichen Regierung war, mag ihn hier warnen. Aber Herr Dr. Wirth erreicht keine Abhilfe dadurch, wenn er nun die Ministerposten überhaupt nicht oder nur im Nebenamt besetzt, wenn er alles selbst machen will und dadurch noch nur erreicht, daß die Arbeit allein von der Bureaukratie der Ämter gemacht oder nicht gemacht wird. Es ist ein Fehler, und es richtiges Handeln an, daß Herr Dr. Wirth es nicht beabsichtigt, sich in sein Kabinett und in die Gestaltung der tatsächlichen Aufgaben der auswärtigen Ämter wie der inneren Geschäftsführung, die nötigen Kräfte zu seiner Unterstützung heranzuziehen. Darunter leidet der Zweck der auswärtigen, der heute von höchster Wichtigkeit sind, und der inneren, der den gleichen Zweck dient. Die Regierung oder erscheint dadurch schwächer.

als für es aus inneren Gründen ohnehin ist. Und das rückt sich, indem es den Staat schwächt.

Wie sehr die einzelnen Minister der führenden Hand bedürfen, das zeigt folgender Notiz der „Vorwärts“ aus den Steuerauswärtigen über die passive Resistenz der Beamten des Finanzministeriums:

„Die Parteien, die Opposition machen um der Opposition willen, stellen bei jeder Gelegenheit Abwändlungsanträge, verweigern die Verabschiedung der Vorlagen, wie es typisch im Hinblick auf die Führer in Erscheinung getreten ist. Zum mindesten müssen nun die Regierungsvorstellungen alles aufgeben, daß an den vorgelegenen Gesetzen festgehalten wird. Leider ist dies nicht der Fall. Es macht sich hierbei bemerkbar, daß man von der parlamentarischen Verantwortung abgesehen hat.“

Bei den Beratungen des Brannschweigens forderte unter Zustimmung der Sozialdemokraten und der U.S.P. der Demokrat Dietrich (Wobau) die Regierungsvorstellungen sofort zurückzuziehen, sondern zunächst die Fassung des Entwurfs zu verdeutlichen, zum mindesten zu erklären, welche Gründe für die Fassung des Entwurfs maßgebend gewesen sind. Im 5. Abschnitt hörten bei der Beratung des Entwurfs und die Vertreter des Reiches die Regierungsvorstellungen zurück, die bei der demokratischen Abg. Pachnid

flachte. „Die Regierungsvorstellungen machen uns die Berechtigung der Vorlage nicht gerade leicht, sie äußern sich überhaupt nicht.“

Dies Verhalten der Regierungsvorstellungen müßte wie eine Ergänzung der Hohen Entscheidung der Opposition an sich sein. In der Tat, daß die Vorlagen wesentliche Abwändlungen erfordern, sind einige ganz abgelehnt zu werden. In der relativen Minderheit der Einsprüche durch die Gegenüberstellung kommt jetzt noch die tatsächlichen Wünsche in den Kommissionen.

Es ist ersichtlich, daß auch die Sozialdemokratie erkennt, daß es nicht weitergehen kann. Die Regierung muß verpönblich werden, und man muß wissen, wer Koch, wer Kellner und wer Wirth ist. Und dann darf es nicht vorfallen, daß Deutschland leer gefaßt ist und man schließlich Wochen später eine Notiz liest, daß die Regierung jetzt erwägt, wie man dem Ausverkauf wehren kann. Und dann darf man nicht die Verantwortung aufgeben, neue Steuern anzuführen und den Prokuranten und Spendern gleichzeitig erlauben, sofort die Preise zu erhöhen, noch bevor die Produkte mit einem Wagnis neuer Abgaben belastet worden sind. Kurz, wir müssen regiert werden. Mit Wortsucht und Gutwilligkeit. Das kann aber heute kein Wirth für alles, das gehört ein verantwortlicher Minister für jedes